

Ergebnisprotokoll

über die 6. Sitzung der Informationskommission
zum Kernkraftwerk Philippsburg
am 23.06.2014 in der Jugendstilfesthalle Philippsburg

Beginn der Sitzung: 18.00 Uhr
Ende der Sitzung: 20.55 Uhr

Anwesenheit gemäß Anwesenheitsliste (Anlage 1) - wird nicht an die Kommissionsmitglieder versandt oder auf der Internetseite veröffentlicht.

Tagesordnung

1. Annahme der Tagesordnung
2. Analyse der Vorkehrungen für den anlagenexternen Notfallschutz für deutsche Kernkraftwerke nach den Erfahrungen aus dem Unfall in Fukushima

(Bericht der Strahlenschutzkommission -SSK-, Dipl. Ing. Ulrike Welte, Vorsitzende des SSK-Ausschusses „Notfallschutz“)
3. Rückbau von Kernkraftwerken
 - Vorstellung des Verfahrens anhand des Beispiels „Kernkraftwerk Obrigheim“
 - Aktuelle Überlegungen der EnBW Kernkraftwerk GmbH zum Rückbau des Kernkraftwerks Philippsburg
(Bericht Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg und EnBW Kernkraft GmbH)
4. Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung im Zwischenlager Philippsburg
 - Zwischenbericht über den Stand des Verfahrens
(Bericht Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg)
5. Aktuelles/Verschiedenes

6. Nächste Sitzung
- Themen und Informationswünsche der Kommissionsmitglieder

Der Vorsitzende begrüßt die Kommissionsmitglieder und Zuhörer/innen und eröffnet die Sitzung.

1. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

2. Analyse der Vorkehrungen für den anlagenexternen Notfallschutz für deutsche Kernkraftwerke nach den Erfahrungen aus dem Unfall in Fukushima

Der Vorsitzende dankt Dipl. Ing. Ulrike Welte, Vorsitzende des SSK-Ausschusses „Notfallschutz“, dass Sie aus Hamburg angereist ist, um in der Kommission über den aktuellen Diskussionsstand der Strahlenschutzkommission zu berichten.

Nach dem Vortrag geht Frau Welte auf Fragen aus der Kommission ein. Sie erläutert zum Stand der Gespräche, dass bereits ein Austausch mit Behörden erfolgt. Einige Bundesländer haben bereits mit der konkreten Umsetzung der Empfehlungen der SSK begonnen (u.a. Rheinland-Pfalz). Ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg ergänzt, dass auch in Baden-Württemberg bereits konkrete Gespräche auf Ebene des Innenministeriums und der Regierungspräsidien aufgenommen worden seien. Mit einem Ergebnis sei Ende des Jahres zu rechnen.

(Hinweis: Die Präsentation ist auf der Internetseite der Infokommission KKP abrufbar.)

3. Rückbau von Kernkraftwerken

- **Vorstellung des Verfahrens anhand des Beispiels „Kernkraftwerk Obrigheim“**
- **Aktuelle Überlegungen der EnBW Kernkraftwerk GmbH zum Rückbau des Kernkraftwerks Philippsburg**

Ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg erläutert anhand des Beispiels „Kernkraftwerk Obrigheim“ den Rückbau von Kernkraftwerken und stellt das Verfahren vor. Im Anschluss informiert der Vertreter der EnBW Kernkraft GmbH zum Rückbau des Kernkraftwerks Philippsburg. Er ergänzt auf Nachfrage, dass im Grundsatz das Abbaumaterial an dem Standort bearbeitet wird, an dem es entsteht, und es nur wenige Transporte im Zusammenhang mit dem Rückbau zur Behandlung von Abbaumaterial bei Dritten – bspw. auch an den EnKK-Standort Neckarwestheim – per Schiff, Straßentransport oder Bahn geben wird. Dies betrifft beispielsweise

Großkomponenten (z. B. Dampferzeuger) aus Philippsburg, die in Neckarwestheim bearbeitet werden sollen.

Weiter erkundigt sich ein Mitglied aus der Kommission nach der Lüftung und Filterung im Reststoffbearbeitungszentrum. Der Vertreter der EnBW Kernkraft GmbH macht deutlich, dass die Technik des Reststoffbearbeitungszentrums so ausgelegt wird, dass die gesetzlichen und technischen Vorgaben eingehalten werden.

(Hinweis: Die Präsentationen sind auf der Internetseite der Infokommission KKP abrufbar.)

4. Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung im Zwischenlager Philippsburg

- **Zwischenbericht über den Stand des Verfahrens**

Ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg informiert über den Gesprächsstand zur Zwischenlagerung von radioaktiven Abfällen aus der Wiederaufarbeitung im Zwischenlager Philippsburg.

Unmut äußert die Kommission über die aus ihrer Sicht verspätete Information zu dem Thema. U.a. in der Stuttgarter Zeitung wurde am Sitzungstag berichtet, dass Herr Minister Franz Untersteller Philippsburg als möglichen Standort für die Zwischenlagerung von fünf Castorbehältern aus der Wiederaufarbeitungsanlage La Hague in den Gesprächen mit der Bundesregierung benannt habe. Mehrere Kommissionsmitglieder fordern, bei derartigen Themen die Kommission schon vor der Entscheidung bzw. der Bekanntgabe über die Medien einzubeziehen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg nimmt hierzu Stellung und stellt klar, dass es aus Sicht des Ministeriums um keinen neuen Sachverhalt handle. Die Überlegungen habe Herr Minister Franz Untersteller bereits in der vorletzten Sitzung der Kommission am 25.06.2013 vorgestellt. Auch in der Sitzung am 26.11.2013 wurde durch das Ministerium über den Sachstand informiert. Man sei der Auffassung, dass die Kommission auf diesem Wege ausreichend informiert worden sei. Zudem sei auch noch keine abschließende Entscheidung zur Zwischenlagerung am Standort Philippsburg gefallen.

5. Aktuelles/Verschiedenes

ohne Aussprache

Die Präsentation des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, die aus Zeitgründen nicht mehr vorgetragen werden konnte, wird auf der Internetseite der Kommission veröffentlicht.

6. Nächste Sitzung

- **Themen und Informationswünsche der Kommissionsmitglieder**

Die Kommission hat sich auf folgendes Thema geeinigt, das soweit möglich, in der nächsten Sitzung behandelt werden soll. Die exakte Benennung wird noch festgelegt:

- Darstellung der technischen Unterschiede zwischen den derzeit in Philippsburg verwendeten Castorbehälter im Vergleich zu Behältern aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague. Information über die notwendigen technischen Änderungen am Standort, um die Brennelemente in neue Behälter umlagern zu können.

Philippsburg, den 23. Juni 2014

gez. Geschäftsstelle der Informationskommission KKP